



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 26.05.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Mehrgenerationenhaus Grünbühl/Sonnenberg
Außenanlagen und Quartiersplatz - Entwurfs-
und Baubeschluss

Vorl.Nr. 216/11

Abweichender Beschluss:

Die Außenanlagen des Mehrgenerationenhauses/Kinder- und Familienzentrums mit den baurechtlich erforderlichen Stellplätzen sowie der Quartiersplatz werden nach den Plänen des beauftragten Büros H+H, Birke Hörner, Eberhardstraße 9/2, 70634 Ludwigsburg, hergestellt.

Die Gesamtkosten werden in Höhe von 750.000,-- € genehmigt. *Die Verwaltung wird beauftragt vor der Sommerpause nochmals über die Schaffung von zusätzlichen Stellplätzen zu berichten.*

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn diese Überschreitung mehr als 25.000,-- € beträgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert die Vorlage Nr. 216/11. Insbesondere gehe es um die Außenanlagen und den Quartiersplatz. Der Quartiersplatz werde als Bindeglied zwischen dem bestehenden Bürger- und Jugendhaus und dem Kinder- und Familienzentrum die gemeinsam das Mehrgenerationenhaus bilden, stehen. Der Höhenunterschied habe sich sehr schwierig in der Gestaltung bemerkbar gemacht, doch diesen Unterschied von zwei Metern werde man vom Eingang des Bürger- und Jugendhauses hinunter zur Weichselstrasse über unterschiedliche Ebenen auflösen und gleichzeitig nutzbar machen. Für die Außenanlage stünden 2.540 m² zur Verfügung. Im Westen des Gebäudes entstehe der Außenspielbereich für die unter 3-Jährigen. Auf der Ostseite der Bereich für die über 3-Jährigen.

Frau **Hörner** (Büro H+H) stellt anhand einer Präsentation die Entwurfsplanungen vor. Die Bebaubarkeit von dem Grundstück habe sich in der Planung sehr schwierig gestaltet, da sehr unterschiedliche Gefälle vorhanden seien. Man habe es trotzdem geschafft, alle Zugänge Rollstuhl- und Kinderwagengerecht herzustellen.

Herr **Kohler** ergänzt, man habe die Planungen am 22.03.2011 im Stadtteilausschuss Grünbühl / Sonnenberg vorgestellt und diese fand dort die Zustimmung.

In der anschließenden Aussprache spricht Stadtrat **Rebholz** seinen Dank für den Vortrag aus. Mit dieser Planung sei es gelungen, dass der Stadtteil verschönert werde. Auch seien Pfliffige Ideen dabei. Die Außenanlage sei auch sehr gelungen. Gut fände man, dass der Stadteilausschuss eingebunden worden sei. Problematisch sehe man die Kosten, allerdings an Betrachtung des schwierigen Geländes und der schwierigen Topographie durchaus vertretbar.

Auch die Stadträte **Liepins**, **Glasbrenner** und **Haag** finden die Planung sehr ansprechend und dass man die Schwierigkeit des Platzes gut überwunden habe, damit ein ebener Platz entstehe. Kritisch sehe man allerdings die Hecke und die Parksituation. Die 5 ausgewiesenen Stellplätze seien eindeutig zu wenig und man habe hier noch Erklärungsbedarf. Weiter möchte man den m² Preis erfahren.

Stadtrat **Gericke** bedankt sich für den Entwurf. Der Preis für den Bürger- und Jugendtreff sei durchaus gerechtfertigt. Man könne wunderbare Veranstaltungen dort durchführen. Schade fände man, dass die beiden Spielbereiche getrennt seien. Schöner hätte man es gefunden, wenn die Kleineren von den Größeren lernen könnten oder umgekehrt. Vom Pädagogischen Konzept her stelle man sich die Frage, ob es nicht vielleicht nett wäre, wenn es einen Treffpunkt zwischen diesen beiden Bereichen vorzusehen. Die Planung sei sehr ausgewogen und die Kosten könne man als angemessen sehen. Kritisch sehe man, dass zur Weichselstraße hin der Quartiersplatz von einer niedrigeren Hecke begrenzt werde.

Stadträtin **Burkhardt** gibt folgendes zu Protokoll „ Die Planung ist sehr schön, die Kosten sind wegen der Größe des Geländes und der nötigen Geländeänderungen auch angemessen. Es würde uns interessieren, mit welcher Begründung der FB Grünflächen keine Ausschreibung für die mit 750.000 Euro gut dotierte Planung der Außenanlagen durchgeführt hat.

Der Schwellenwert von 100.000 Euro ist weit überschritten.

Wir sind der Auffassung, dass jede größere Baumaßnahme ausgeschrieben werden muss, erst recht in einer Zeit, in der für Sozialeinrichtungen kein Geld vorhanden ist.

Ich lehne die Vorlage 216/11 ab, ausdrücklich nicht wegen der Pläne, sondern wegen der fehlenden Ausschreibung.

Die Mehrfachbeauftragung an das Büro Schelle hatte nur das Haus zum Inhalt. In der Vorlage 257/09, dem Grundsatzbeschluss und der Vergabe von Planungsleistungen, war nur das Gebäude enthalten. Deshalb gibt es dort auch keine Aussage zu den Kosten der Außenanlagen.

Schauen Sie sich den Gesamtplan von Schelle an. Sie setzen mit Ihrer Behauptung (dass Schelle die Gesamtplanung incl. Außenanlagen gemacht habe) die Leistung von Frau Hörner herab.“

BM **Schmid** bittet ebenfalls festzuhalten, dass die Leistungen Gesetzeswidrig seien. Die HOAI verbiete es, auch wenn man es gerne machen möchte.

Herr **Kohler** beantwortet die Fragen zu den Kostensituationen. Man habe insbesondere beim Quartiersplatz in die Höhe eingreifen müssen und fast überall habe man die Höhe abfangen müssen. Für die Außenanlagen habe man ohne die Plankosten 140€/m² und für den Quartiersplatz 240€/m². Man hoffe auf günstige Ausschreibungsergebnisse damit man mit den Kosten zu Recht komme. Bei der Hecke möchte man das Niveau von 80cm halten. Der tatsächliche Bedarf an Parkplätzen sei schon größer. Man versuche auf der Kornwestheimer Gemarkung noch Parkplätze zu finden.

Auf Wunsch vom Gremium berichtet und ergänzt BM **Schmid** den Beschlussvorschlag von der Vorlage Nr. 216/11 mit folgendem Satz: „ Die Verwaltung wird beauftragt vor der Sommerpause nochmals über die Schaffung von zusätzlichen Stellplätzen zu berichten.“

Sodann lässt BM **Schmid** über den abweichenden Beschluss abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert die Vorl.Nr. 219/11. Er merkt an, man habe sich für das günstige Angebot für den Endausbau von der Firma Hubele GmbH entschieden. Weiter sei in Abstimmung mit der Firma Lapp neben der Straße mit einer Breite von 7,00 m ein Längsparkstreifen mit 2,50 m Breite und Gehwege mit ebenfalls 2,50 m Breite vorgesehen. Für die Straßenbeleuchtung sei eine 8,00 m hohe Mastbeleuchtung mit Stromsparender LED-Technik vorgesehen.

In der anschließenden Aussprache spricht sich das Gremium einmütig für die Straßenbauarbeiten durch die Firma Hubele GmbH aus.

Für nicht Notwendig hält es das Gremium eine LED-Technik als Straßenbeleuchtung vorzusehen. Weiter sehe man die Situation mit den Parkplätzen sehr kritisch.

Auf nachfrage von Stadtrat **Gericke** wie der Fahrradweg verlaufe legt BM Schmid einen Stadtplan auf wo die Fahrradgrenze genau erkennbar sei.

In diesem Zusammenhang stellt BM **Schmid** die beabsichtigte Planung von der Autobahnezufahrt Ludwigsburg Süd vor.

Stadtrat **Noz** erklärt seinen Widerspruch zur gezeigten Planung.

Der Tagesordnungspunkt 2 wurde vom Gremium auf den nächsten Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 01.06.2011 vertagt. Die Verwaltung sagt zu, bis dorthin eine ergänzende Mitteilungsvorlage vorzulegen und über die Parksituation zu berichten.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist auf die Vorl.Nr. 171/11. Man habe keinen geeigneten Standort für „Beach in der Innenstadt“ gefunden. Man könne daher auf Sachvortrag verzichten.

Stadträtin **Burkhard** möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Antrag 079/06 mit diesem Bericht nicht erledigt sei. Es gehe hierbei nicht um „Beach Innenstadt“ sondern um die „Verkehrsplanung Innenstadt“.

Man sei sehr verwundert, so Stadträtin **Liepins**, dass das Land damit einverstanden gewesen sei, dass man auf dem Parkplatz Staatsarchiv es probeweise probieren könne, allerdings nur wenn die Mitarbeiter des Staatsarchivs damit einverstanden seien.

Frau **Lehoczki** (FB Stadtplanung und Vermessung) erklärt, man habe mit dem Behördenleiter des Staatsarchivs Gespräche geführt und man habe gemerkt, dass der Widerstand sehr groß sei.

BM **Schmid** ergänzt, dass der Platz im Eigentum des Landes Baden Württemberg stehe und da werden die Behördenleiter selbstverständlich gefragt bezüglich Auswirkung und Störung.

Stadtrat **Gericke** möchte ebenfalls an den gestellten Antrag 079/06 erinnern. Hierbei möchte man wissen wie die Zukunft des Arsenalplatzes nach Fertigstellung der Wilhelmgalerie. Man möchte die Stadtverwaltung weiterhin ermutigen nach einem geeigneten Platz für „Beach Innenstadt“ zu suchen.

Stadtrat **Haag** erklärt, dass der Arsenalplatz, unabhängig von den Umgestaltungsmöglichkeiten die am besten geeignetste Lage sei. Vielleicht könne man sich aber auch hier eine Grünfläche vorstellen.

Stadtrat **Noz** merkt an, dass es eine Gesamtkonzeption geben solle und keine Einzelkonzepte.

TOP 3.1	Auswirkungen der Schließung des Arsenalparkplatzes – Verkehrsplanung Innenstadt - Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU), Frau Matschiner und Herrn Gericke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) vom 24.02.2006	Vorl.Nr. 079/06
---------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3

Der Antrag mit der Vorlage Nr. 079/06 ist nicht erledigt. Wird evtl. nochmals im Zusammenhang mit der Schillerplatzkonzeption weiter Beraten.

TOP 4	Akademiehof - künftige Nutzung des Gewächshauswegs	Vorl.Nr. 225/11
-------	---	------------------------

Beschluss:

Der Gewächshausweg bleibt bis auf weiteres als Verbindungsweg der Akademien ausschließlich für den Fuß- und Radverkehr erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Juranek

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** ruft die Vorl.Nr. 225/11 zur Beratung auf. Man sei der Meinung, dass es der richtige Ansatz sei, jetzt diese 6 Poller dort aufzubauen. Für die Zukunft werde man sich dadurch auch nichts verbauen. Würde man den Verkehr dort wieder freigeben, handle man sich wieder Probleme ein. Es gäbe keinen Grund, den Verkehr im Gewächshausweg wieder freizugeben.

Stadtrat **Noz** merkt an, man habe viele Argumente ausgetauscht, damit der Gewächshausweg befahrbar bleiben solle. Jetzt solle es zu einem sogenannten „Privatweg“ ausgebaut werden. Die CDU-Fraktion sei Mehrheitlich der Meinung, dass diese Multifunktionsfläche bleiben solle und die Quernutzung der Filmakademie sei dadurch nicht gestört.

Die Stadträte **Griesmaier, Glasbrenner, Gericke, Haag, Burkhardt** und **Rebholz** stimmen der Vorlage von der Verwaltung zu. Der Gewächshausweg solle nicht mehr für PKW freigegeben werden. Wichtig sei ihnen schon, dass es dann auch keine Parkfläche geben solle.

Frau **Köpf** (Theaterakademie) beschwichtigt, man kenne die Fläche nur so. Durch die Umbenennung sei man zu einer Einheit geworden und man wachse gerade zusammen. Man würde die Entscheidung, den Gewächshausweg Autofrei zu lassen, sehr begrüßen.

BM **Schmid** möchte festhalten, dass im Gewächshausweg die Autos weder Parken noch fahren dürfen.

Im Anschluss lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 225/11 abstimmen.

TOP 5 Verkehrsrechtliche Anordnungen

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 5.1, 5.2 und 5.3.

TOP 5.1	Erfahrungsbericht zur neuen Verkehrsführung in der Bottwartalstraße - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2011	Vorl.Nr. 200/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Schübler** erläutert den Antrag mit der Vorl.Nr. 200/11. Insbesondere seit dem die rechte Fahrspur durch das Parkverbot frei gegebenes gestalte es sich für die Radfahrer das links Abbiegen von der Reichertshalde auf die als Radweg markierte Seitenstraße der Bottwartalstraße als sehr schwierig. Wünschenswert sei, statt einer Verengung der Bottwartalstraße die rechte Spur als Rechtsabbiegespur zu markieren.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) merkt an, man habe seit Ostern die Verengung als Probephase um den Unfallschwerpunkt zu entschärfen. Man habe Messungen gemacht, bei denen festgestellt wurde, dass das Geschwindigkeitsniveau gesunken sei. Die Sichtbeziehungen für die Fahrzeuge aus der Reichertshalde seien durch die Verengung besser geworden. Eine Rechtabbiegespur fände man nicht sinnvoll, da dann wieder zwei Spuren da seien und die Unübersichtlichkeit wäre wieder gegeben. Bei der Radführung sei man noch nicht soweit mit der Planung.

Stadtrat **Rebholz** merkt an, der Antrag sei noch zu früh. Man müsse erstmals abwarten was die Auswertungen von der Verengung ergeben. Man sei schon auf einem guten Weg und müsse dann, wenn es soweit ist nochmals darüber sprechen.

Stadträtin **Liepins** erklärt, sie habe von vielen Hoheneckern gehört, dass sie es nicht nachvollziehen können warum die Verwaltung so eine Verengung gemacht habe. Es würde zu Rückstau kommen, da es mit dem Einfädeln nicht klappen würde. Es sei wichtig den Stadtteilausschuss zu dem Thema zu hören.

Stadtrat **Kirnbauer** erläutert, man müsse vor allem den Stresstest erstmals machen. Wie die Situation sei, die Autobahn zu sei und es sich dann bis hinunter zur Marbacher Strasse stauen würde.

BM **Schmid** sagt zu, dass man in vier Wochen nochmals über dieses Thema berichten werde.

TOP 5.2 **Erfahrungsbericht zur Baustellenumleitung
durch die Hirschbergstraße**

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) berichtet, man sei mit der Parkierungssituation zufrieden. Auch hätten sich die Verkehrsteilnehmer daran gewöhnt und die Stadt Asperg sei sehr zufrieden. Man habe lediglich eine Verwarnung ausgesprochen. Die Erfahrungen aus Asperg seien auch sehr positiv.

Die Stadträte **Glasbrenner** und **Griesmaier** merken an, es würde funktionieren. Schwierig sehe man die Situation in den Abendzeiten und an den Wochenenden. Eine Umleitung spiele sich zwar ein, doch solle man diese immer wieder Beobachten.

TOP 5.3 **Mündlicher Bericht zur Reduzierung des
Geschwindigkeitsniveaus in der Pflugfelder
Straße / Westportal**

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) berichtet, um das Geschwindigkeitsniveau tatsächlich herunterzusenken habe man über eine optische Sperre in Form von Querstreifen nachgedacht.

Stadtrat **Rehholz** erklärt, man sehe rechtlich keine Regelung zu Querbändern. Wenn dann in Weiß und mit Akustik. Man müsse bestrebt sein nicht die Optik zu ändern sondern die Geschwindigkeit.

Ebenfalls sprechen sich die Stadträte **Griesmaier**, **Glasbrenner**, **Gericke** und **Haag** für eine Geschwindigkeitsreduzierung von 30 km/Stunde und möchten, dass dieses von der Stadtverwaltung beantragt werde.

TOP 6 **Verkehrsentlastung Freiberg, Pleidelsheim,
Ingersheim, Bietigheim-Bissingen - Vorl.Nr. 198/11
Auswirkungen auf Ludwigsburg - Antrag der
CDU-Fraktion vom 02.05.2011**

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Noz** erläutert kurz den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion mit der Vorl.Nr. 198/11. Die Forderung sei, dass der Gemeinderat beschließe und die Verwaltung beauftragt werde, dass Regierungspräsidium aufzufordern in der Verkehrsplanung für Freiberg und Bietigheim das Verkehrsgutachten die Auswirkungen auf Ludwigsburg mit zu untersuchen und vorzustellen.

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 26.05.2011

BM **Schmid** ergänzt, man habe das Thema bereits im Oktober im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik behandelt. Man müsse, an Betracht der neuen Situation mit dem LKW Durchfahrtsverbot nochmals darauf hinweisen.

Herr **Kuhnert** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt das Verkehrsgutachten vor. Hierbei geht er auf die Werte bei den Grenzen zu Ludwigsburg ein. 21 Planfälle seien erarbeitet worden, daraus erfolgte die Empfehlung einer zweistufigen Vorgehensweise, dieses fände mit den beteiligten Kommunen und dem Regierungspräsidium Konsens.

Die Stufe eins sei der Bau einer Teilortsumfahrung Ingersheim, die Verlegung der L11 in Freiberg (Bau eines Autobahnanschlusses Freiberg am Neckar) und LKW Sperrung der L1125. Was ein LKW Durchfahrtsverbot für Ingersheim, Pleidelsheim und Freiberg beinhalte. Die Stufe zwei, sei die Stufe eins plus Bau der Nord Ost Umfahrung Pleidelsheim und entweder Bau der Nord West Umfahrung Freiberg oder Alternativ (Freiberg sei sich da noch nicht sicher) Bau der Ost Umfahrung Freiberg. Zusammenfassend würde die Stufe eins weniger Verkehr bringen, wie sich dieser im Stadtgebiet verteile könne man noch keine Aussagen machen. Dies müsse man näher untersuchen.

BM **Schmid** ergänzt, man habe das Landeskreismodell. Hier lasse man ohnehin ein paar Fälle durchrechnen. Sobald die Berechnung von Modus Consult zum Stadtgebiet vorliege, werde man in Zusammenhang mit anderen Planungen erneut berichten.